

Eine andere Afghanistan-Politik ist möglich!

Kooperation statt Konfrontation

Anforderungen an die am Konflikt in Afghanistan beteiligte deutsche Politik
Von Andreas Buro, emer. Professor der Politikwissenschaften und friedenspolitischer
Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie

- Die Kriegsstrategie der USA in Afghanistan steckt in einer tiefen Krise
- Im Juni 2010: 102 getötete NATO-Soldaten (verlustreichster Monat seit Beginn des Krieges)
- Der militärisch geführte Konflikt führt nicht zum Frieden, sondern zu mehr Leid und Hass
- Chance zur Konfliktlösung: in einem konsequenten nichtmilitärischen Weg
- Ziel: eine Dynamik in Gang setzen, die immer mehr Beteiligte in solch einen Prozess der zivilen Konfliktbearbeitung einbezieht

Anforderungen an die deutsche Politik

- Abzug aus Afghanistan und
 - eine grundsätzlich andere, auf Frieden gerichtete Politik betreiben
 - Weg von der dominierten Machtpolitik, hin zur zivilen Konfliktlösung und Kooperation
-
- Deutschland gibt ein deutliches Signal der Neuorientierung
 - Deutschland nennt ein festes nahe liegendes Datum für den Truppenabzug
 - Anweisung an die Bundeswehreinheiten, sich ab sofort in keine Kämpfe einzumischen (gilt für: Quick-Reaktion Force, ISAF, Tornadoeinsatz)
 - Berlin gibt bekannt: Seine zivile Hilfe wird entsprechend den frei werdenden Mitteln durch den Abzug der Truppen aufgestockt
 - (Deutsches Institut f. Wirtschaftsforschung: 3 Mrd. Euro jährliche Ausgaben für den Bundeswehreinsatz)

Freiwerdende Mittel werden zur Verfügung gestellt für

- Entwicklungsprojekte in Afghanistan, die für die Kommunen und Regionen von den dortigen Afghanen/-innen für wichtig und nützlich gehalten werden und
- Die Lebensbedingungen der größtenteils sehr armen Menschen verbessern:
 - Schulische, soziale und medizinische Versorgung
 - Förderung von Frauenprojekten
 - Schaffung von Arbeitsplätzen

- Förderung landwirtschaftlicher Produktionen, unabhängig vom Mohnanbau (entsprechende UN-Vorschläge liegen vor!)
- Deutsche Afghanistanexperten werden gebeten, Strategien der Entwicklung zu entwerfen und zur Diskussion zu stellen
- Zusammenarbeit mit dem „National Solidarity Program“ der Weltbank
 - angesetzt an lokalen Bedürfnissen afghan. Entwicklungsprozesse
- Die Bundesregierung erklärt sich bereit, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln – innerhalb Afghanistans sowie zwischen den Interventionsmächten; sie nimmt die erforderlichen Kontakte auf und beginnt mit bilateralen Gesprächen, um die Wünsche zu erfahren.
- Z.B. die Gesellschaft f. Technische Zusammenarbeit (GTZ) wird beauftragt, angepasste Technologien für die Produktion von Gebrauchsgegenständen für die Produktion vor Ort vorzuschlagen.
- Weltweit erfolgreiche Modelle der Kleinkredite werden in Afghanistan eingesetzt, um die Wirtschaft anzukurbeln.
- Die ins Ausland geflohene Intelligenz sollte ermutigt werden, in ihre Heimat zurückzukehren, um an der Entwicklung mitzuwirken. Eine Qualifizierung von Afghanen/-innen im Inland sollte eine hohe Priorität eingeräumt werden.

Kooperation und Frieden kann sich lohnen

- Beispiele schaffen für erfolgreiche Projekte als Ermutigung, sich aktiv zu beteiligen! Für die Auswahl: Regionen mit besonders günstigen Bedingungen – auch im paschtunischen Siedlungsbereich.
- Städtische Projekte unterstützen, z.B. rechtsstaatliche Ausbildung von Polizisten, soweit diese nicht zu Kampftruppen umfunktioniert werden.

Wer Aussöhnung will, darf die bisherigen Gegner nicht ausgrenzen.

- Unabdingbar bei der Festlegung der Projekte: Einbeziehung und Zustimmung der örtlichen oder regionalen Kräfte – auch der Taliban. Dadurch können Dialog, Zusammenarbeit und Vertrauen der verschiedenen Kräfte untereinander gefördert werden.

Prinzipien für Entwicklungsprojekte, die maßgeblich sein sollten:

- Vorschläge für Projekte von allen Seiten
- Alle zuständigen Kräfte werden zur Erörterung und Beschlussfassung der Projekte eingeladen
- Verwirklichung nur, wenn alle Seiten (einschl. GeberInnen) zustimmen
- Bisherige Projekte werden einer sorgfältigen Bewertung unterzogen
- Zur Ausführung der Arbeiten möglichst lokale Kräfte einbeziehen

- Wichtig ist, dass Einkommen durch Arbeit entsteht, die Produktion im Land gefördert wird, gleichzeitig eine Qualifizierung von Arbeitskräften ermöglicht wird
 - Korruption ist nicht hinnehmbar, selbst wenn dann ein Projekt nicht verwirklicht werden kann
 - Projekte sind im ganzen Land zu publizieren, um Arbeit und ihre Prinzipien bekannt zu machen
 - Die Bundesrepublik koordiniert die Zusammenarbeit ohne verwirrende Konkurrenz der NRO-Akteure, damit die Wirksamkeit gesteigert wird
 - Die Hilfsaufgaben der NRO-Akteure darf nicht im Widerspruch zum Selbstentfaltungspotenzial der lokalen Kräfte stehen
- **Konzept der Friedenszonen:** Die Bundesregierung appelliert an die NATO, Orte und Regionen solcher Projekte nicht in die Kriegsführung einzubeziehen. Das Auswärtige Amt kann helfen, dies wirksam zu machen.
 - Die Bundesregierung bemüht sich, dass in Afghanistan engagierte NATO- und EU-Staaten ihrem Beispiel folgen.
 - Kleinere NATO-Staaten könnten ein Interesse haben, sich dem Militärcurs der USA und NATO zu entziehen. Zivile Strategien versprechen viel bessere wirtschaftliche Möglichkeiten in Nah- und Mittelostasien.

*

- Weitere Anforderungen sind auch an die **UNO, EU**, die beteiligten **NATO**-Mitglieder wie auch an die afghanischen Stämme, Gruppierungen der Taliban, die Kräfte der ehemaligen Nordallianz und andere Warlords und ebenso an die **Regierung in Kabul**, die Nachbarstaaten Afghanistans und an die internationalen Nichtregierungsorganisationen zu stellen. (vgl. Buro in: Wissenschaft & Frieden 3/2010)
- **Deutschland muss seinen Aktionsplan aus dem Jahr 2004 zur „Zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ politisch aufwerten, konsequent umsetzen und auch in der Öffentlichkeit bekannt machen sowie eine Infrastruktur und Ressourcenausstattung ziviler Konfliktbearbeitung massiv ausbauen.**
(Autorenteam der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK))

Aus: Wissenschaft und Frieden, 3/2010

Zusammengestellt: Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und Heidelberger Friedensratschlag

13.8.2010